

rekterweise ein deutlicher Strich zwischen der Mao-Zedong-Periode und der von Deng Xiaoping eingeleiteten Reformperiode gezogen: Zwischen beiden Epochen liegt mehr als nur eine Welt, zumal mit dem Beginn der Reformen von 1978 die Politik der Klassenkämpfe großen Stils eingestellt wurde.

Um so nachdenklicher muß es - zweitens - stimmen, daß die Mord- und Totschlagpolitik der Maozeit sowohl in der französischen als auch in der „linken“ deutschen Diskussion mit einem Glorienschein umgeben bleibt, während die weitaus humanere Politik der Reformer mitleidlos hinterfragt und einer Dauerpolemik unterzogen wird. Gegenüber der blutigen Klassenkampfpolitik Mao Zedongs wurde das Wort „Menschenrecht“ fast nie in den Mund genommen, heutzutage aber kann man sich eine Chinadiskussion ohne Menschenrechtseinwände kaum noch vorstellen.

Drittens ist das von Courtois vorgebrachte Zahlenwerk durchaus zweifelhaft, weil sich nirgends konkrete Anhaltspunkte für statistische Angaben finden lassen - mit der einzigen Ausnahme Kambodschas, wo die Roten Khmer peinlich genau Tagebuch über jeden einzelnen Mord geführt haben, so daß sich überall dort, wo Archive nicht nachträglich vernichtet wurden, genaue Register anlegen lassen.

In der Sowjetunion aber - und nun gar im Chaos der maoistischen Jahre, wo es nicht einmal verlässliche Wirtschaftsstatistiken gegeben hat, sind solche Berechnungen unredlich.

Bei seinem Zahlenwerk hat sich das Schwarzbuch nicht zuletzt auch auf Bilanzen von Richard L. Walker gestützt, die 1971 „for the use of the committee on the judiciary“ der USA zusammengestellt wurden, und zwar unter dem Titel *The Human Cost of Communism in China* (deutsch: *Die Menschenopfer des Kommunismus in China*, Wien 1974).

Walker stellte damals folgende Zahlenreihen - verteilt über zehn Perioden - auf:

- Erster Bürgerkrieg (1927-1936): 250.000 bis 500.000 Tote.
- Kämpfe während des chinesisch-japanischen Kriegs 1937-45: 50.000.

- Zweiter Bürgerkrieg (1945-49): 1,25 Mio.
- Landreform vor der „Befreiung“: 500.000 bis 1 Mio.
- Liquidationen zwischen 1949 und 1958: 15 Mio. bis 30 Mio.
- Koreakrieg: 500.000 bis 1,2 Mio.
- Zeit des Großen Sprungs: 1 Mio. bis 2 Mio.
- Auseinandersetzungen mit den Minoritäten, inklusive Tibet: 500.000 bis 1 Mio.
- Kulturrevolution: 250.000 bis 500.000.
- Zwangsarbeitslager: 15 Mio. bis 25 Mio.

Daraus wird eine Gesamtrate von 34 Mio. bis 62 Mio. errechnet (Ebd., deutsche Ausgabe S.29).

Wirft man einen Blick auf die „Quellen“, die Walker verwendet, so handelt es sich hier ebenfalls ausschließlich um „Schätzungen“, wobei auch zahlreiche deutschsprachige Autoren mit durchaus obskurem Hintergrund zitiert werden, z.B. der österreichische Journalist Hugo Portisch oder aber der 1967 mit einem Buch hervorgetretene Erich Röper. Portisch und Röper ergehen sich in phantasievollsten Schätzungen. Hierbei verweist Röper wiederum auf „Quellen in den USA, die von 10 bis 20 Mio. Hingerichteten im Zeitraum 1949-1954 sprechen“. Ein solches Zitat, das sich in bloßen Vermutungen ergeht, wird dann von Walker wiederum als eine Aussage angegeben, die als Beweis in die eigenen Zahlenberechnungen einfließt.

Ohne Zweifel hat es im Laufe der Zeit viele Millionen Tote gegeben, vor allem während der Landreformkampagne von 1950. Doch jede genauere Zahlenangabe verliert sich auf der Stelle im Nebel und in einem Meer von Spekulation. Wer genauere Angaben bringen will, läßt sich auf „Quellen“ ein, die weder verifiziert noch falsifiziert werden können. Jede beliebige Angabe ist hier genauso möglich wie unmöglich. Da es aus der frühmaoistischen Bewegung kaum noch Belege und Augenzeugenaussagen gibt und da sich Verstöße gegen die Menschlichkeit, anders als im nationalsozialistischen Deutschland, in fast keinerlei dokumentierter Form erhalten haben, werden Aussagen überdies um so unmöglicher, je weiter die damalige Zeit geschichtlich in den Hintergrund tritt.

Da ferner eine Reihe von kommunistischen Regimen auch heute noch weiterbesteht, sei es nun - zumindest dem Namen nach - in China, Viet-

nam und Laos, aber auch in Nordkorea und Kambodscha, kann es auch keine umfassende Aufklärung geben - von Vergangenheitsbewältigung ganz zu schweigen.

So bleibt die - von Courtois als solche aufgeworfene - Frage, ob der Terror im maoistischen China zum Regierungssystem gehört habe. Zumindest das *laogai* - und das *laojiao* - System (d.h. die „Umerziehung durch Arbeit“ in Zwangsarbeitslagern) hat die Frühzeit der maoistischen Phase entscheidend geprägt. Allein die Möglichkeit, einer *laojiao*-Prozedur unterworfen zu werden, hat auch in Zeichen des Tauwetters immer noch genügend Wirkung ausgeübt, um den einzelnen bei Raison zu halten. Gleichzeitig ist es freilich auch der - schon aus vorkommunistischer Zeit bekannte - Gruppendruck, der den einzelnen veranlaßt, nicht allzu sehr aus der Reihe zu tanzen. Alles in allem dürfte es wohl weniger die Schreckensherrschaft gewesen sein, die für Konformität gesorgt hat - und weiterhin sorgt -, sondern vielmehr der auch schon aus dem konfuzianischen System bekannte Zwang zur Unterordnung des einzelnen unter das Ganze, der vor allem durch „Einsicht in die Notwendigkeit“ veranlaßt wird.

Massenverbrechen sind im Klassenkampfmilieu der Maozeit also ganz gewiß an der Tagesordnung gewesen, doch waren sie nicht unbedingt Teil des damaligen Herrschaftssystems. -we-

Innenpolitik

13 Provinzfürhungen verlieren Zugriff auf das Bankensystem - Zentralbankfilialen werden dezimiert

Politische Interventionen lokaler Regierungsstellen in die Kreditvergabe durch Banken haben zur Krise des chinesischen Finanzsystems (siehe unter anderem C.a., 1997/11, S.1083-1084) entscheidend beigetragen. Riesige Kreditmittel wurden aufgrund politischer Vorgaben in marode Staatsunternehmen gelenkt, die diese Mittel weder zur Restrukturierung nutzen noch jemals werden zurückzahlen können. Nach dem Willen der

Zentralregierung sollen die allzu engen Verbindungen zwischen regionalen politischen Führungen und den Banken in ihrem Verwaltungsbereich nun durch eine umfassende Reorganisation des Bankensystems und insbesondere der Zentralbankfilialen gekappt werden. (*Jingbao Yuekan*, 1998/1, S.32-33; AWSJ, 2.12.1997)

Dies wurde auf der Nationalen Finanzkonferenz angekündigt, die Mitte November fast im Stile einer ZK-Plenartagung unter strengster Geheimhaltung im von der Volksbefreiungsarmee verwalteten Jingxi-Hotel in Beijing stattfand. Ungewöhnlich war auch, daß die gesamte von der ostasiatischen Finanzkrise alarmierte Parteispitze - über den für Finanzpolitik zuständigen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Zhu Rongji hinaus auch Jiang Zemin und Li Peng - an der Konferenz teilnahm. Es wurden nicht nur die jeweils für Wirtschafts- und Finanzpolitik zuständigen Stellvertretenden Provinzgouverneure (bzw. Stellvertretenden Bürgermeister der Regierungsunmittelbaren Städte und Stellvertretenden Vorsitzenden der Autonomen Regionen) zur Teilnahme an der Konferenz verpflichtet, sondern überraschend auch die Provinzgouverneure selbst.

Kurz: Die Nationale Finanzkonferenz war nichts anderes als eine nationale Krisensitzung der wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger in Zentrale und Regionen.

Zhu Rongji wies in seinen Redebeiträgen nach Angaben der ausgezeichnet informierten, Beijing-nahen Hongkonger Zeitschrift *Jingbao* darauf hin, daß die bisherige Praxis - „Provinzgouverneure kommandieren die Bankdirektoren“ (*shengzhang zhihui hangzhang*) - zu vielfältigen Mißständen im Bankensystem beigetragen habe. Zhu kündigte drastische Maßnahmen an: „Von jetzt an unterstehen die Bankdirektoren ohne Ausnahme nicht mehr dem Kommando der lokalen Regierung“ (*yili bu shou difang zhihui*). Die Geschäftsbanken müßten eigenständig ihre Finanzoperationen in die Hand nehmen und verantworten. Eine unverantwortliche Kreditpolitik werde künftig zur sofortigen Entlassung des betreffenden Bankdirektors führen.

Auch Jiang Zemin und Li Peng richteten in ihren Reden dringliche Appelle an die Konferenzteilnehmer, die fundamentale Bedeutung des Finanzsektors für die wirtschaftliche, politische und soziale Stabilität des gesamten Landes anzuerkennen und in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Es gehe um nichts weniger als um die „nationale ökonomische Sicherheit“ (*guojia jingji anquan*).

Der wichtigste politische Vorstoß, der zu einer substantiellen Veränderung des chinesischen Bankensystems und zu einer deutlichen Zurückstufung der finanzpolitischen Kompetenzen von Provinzregierungen führen dürfte, ist die *Dezimierung der regionalen Zentralbankfilialen von bisher 31 auf künftig nur noch zehn bis fünfzehn provinzenübergreifende Institute* innerhalb der nächsten drei Jahre. Damit soll die politische Einflußnahme durch Provinzfürhungen - analog etwa zur Konstruktion der sieben provinzenübergreifenden Militärregionen - eingedämmt und die alleinige Loyalität gegenüber der Zentralbank in Beijing gesichert werden. Die Bankenaufsicht soll durch die Reorganisation des Zentralbanksystems effektiver und transparenter werden.

Da die alten Zentralbankfilialen in den Provinzhauptstädten bzw. Regierungsunmittelbaren Städten zumindest teilweise aufgelöst werden, bisher aber insgesamt fast zehntausend Angestellte beschäftigt haben, sind die Widerstände gegen die von Beijing verordnete Reorganisation nicht nur in den regionalen Regierungen, sondern auch innerhalb des Zentralbanksystems beachtlich. Außerdem begreifen viele regionale Zentralbankfilialen, insbesondere in den westlichen Provinzen, offenbar weiterhin nicht den Ernst der Lage im Finanzsystem. (AWSJ, 2.12.97).

Dennoch scheint die Zentralregierung angesichts katastrophaler politischer Konsequenzen bei einer Verschärfung der Bankenkrise in China diesmal entschlossen, die Reorganisation des Zentralbank-Filialsystems in gezielten Schritten über drei Jahre hinweg zu vollziehen. Eine solche Reorganisation ist seit der Verabschiedung des Zentralbankgesetzes 1994 im Gespräch.

Der designierte Ministerpräsident Zhu Rongji hat die Gelegenheit der aktuellen Krise nun offenbar dazu genutzt, um hartnäckige regionale Widerstände zu überwinden und sich die Unterstützung von Jiang Zemin und Li Peng für die Reform des Bankensystems zu sichern. -hei-

14 Politisch-administrative Konfusion: Scheitert der Singapur-Suzhou-Industriepark?

Das vermutlich ambitionierteste Stadtentwicklungsprojekt in der VR China - der von den Regierungen Chinas und Singapurs 1994 aus der Taufe gehobene Suzhou-Industriepark (*Suzhou gongyeyuanqu*), der mit Investitionsmitteln von 20 Mrd. US-Dollar und auf einer Fläche von 70 qkm zu einem „kleinen Singapur“ mit 600.000 Einwohnern aufgebaut werden sollte - droht an mangelnder politischer Unterstützung, an administrativen Unstimmigkeiten sowie am scharfen Wettbewerb mit anderen Entwicklungszonen zu scheitern. Darauf hat Lee Kuan Yew, der ehemalige Ministerpräsident und heutige „Senior Minister“ Singapurs, auf seinem Chinabesuch Anfang Dezember hingewiesen. (SCMP, 9.12.1997)

Lee kritisierte insbesondere die Errichtung eines konkurrierenden Industrieparks im Stadtgebiet Suzhous, der einen beträchtlichen Teil an Investitionsmitteln sowie politisch-administrativer Energie von dem Singapur-Suzhou-Projekt abziehe. Lee zeigte sich im Gespräch mit dem chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin auch besorgt über die Abberufung des langjährigen Suzhouer Bürgermeisters Zhang Xinheng auf eine Spitzenposition in der nationalen Tourismusbehörde.

Der nach Beijing beförderte Reformbürgermeister Zhang Xinheng hatte in den letzten vier Jahren mit großem Elan die wirtschaftliche Entwicklung Suzhous vorangetrieben und um ausländische Investitionen geworben. Auch die Gründung des Singapur-Suzhou-Industrieparks ging auf eine Initiative von Zhang Xinheng zurück, die von Lee Kuan Yew begeistert aufgegriffen wurde. Lee fürchtet nun

offensichtlich, daß mit dem Weggang des Initiators auf der chinesischen Seite auch das Suzhou-Projekt insgesamt gefährdet sein könnte.

Jiang Zemin hatte im Mai 1995 dem Industriepark einen offiziellen Besuch abgestattet und eine affirmative Kalligraphie hinterlassen. Auch Li Peng, Zhu Rongji und Li Lanqing hatten sich für das Projekt eingesetzt. Jiang Zemin versicherte nun Lee, daß die Zentralregierung das Projekt weiterhin unterstütze. Der Industriepark sei „das größte chinesischesingapurische Kooperationsprojekt“ und „das Kernstück der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten“. (SCMP, 9.12.1997)

Wegen der starken Position singapurischer Entwicklungsplaner im Suzhou-Projekt, die zu ständigen Reibungen mit den chinesischen Partnern führte, und wegen der unmittelbaren Konkurrenz zu „autochthonen“, von chinesischen Stellen allein kontrollierten Industrieparks in der Region trat das Projekt in der Provinzregierung Jiangsus und in den Nachbarstädten (nicht nur in Wuxi und Changzhou, sondern auch in Shanghai-Pudong) auf wenig Gegenliebe. (Interviews des Autors in Suzhou und Nanjing im April 1997)

Insbesondere die Provinzregierung (mit Sitz in Nanjing) sah ihre Autorität beschädigt, da die Zentralregierung dem Suzhouer Industriepark umfassende selbständige Kompetenzen in der Projektbewilligung und Projektdurchführung eingeräumt hatte und der Provinzgouverneur schon in der Anschubphase des Projektes durch Direktkontakte zwischen Suzhou und Beijing ausmanövriert und übergangen worden war. (Siehe hierzu das aufschlußreiche Interview mit Lee Kuan Yew in: *Time*, 7.4.1997, S. 52-53.)

Nun wurde ein Stellvertretender Sekretär des Parteikomitees der Provinz Jiangsu, Chen Deming, als neuer amtierender Bürgermeister Suzhous eingesetzt. (*Zhongguo tongxun she*, Hongkong, 8.12.1997, nach SWB, 22.12.1997) Dies ist aus singapurischer Sicht keine verheißungsvolle Personalentscheidung, da gerade die Provinzführung Jiangsus als „Bremser“

für die Entwicklung des Industrieparks galt.

Bisher haben sich nur relativ wenige Großinvestoren für eine Ansiedlung in dem Industriepark gefunden. Siemens unterhält auf dem noch weitgehend unbebauten, riesigen Gelände des Entwicklungsgebietes eine kleinere, offenbar hochprofitable Produktionsanlage für Hörgerät-Komponenten, die von Singapur aus betreut wird.

Die Zukunft von „Klein-Singapur“ erscheint nun aber nicht nur wegen der politisch-administrativen Konfusion in Suzhou, sondern auch aufgrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise in Ostasien, die zu einem Einbruch bei den ausländischen Investitionen führen wird, als ungewiß. -hei-

15 Zehn Hauptereignisse des Jahres 1997 aus offizieller Sicht

Die leitenden Redakteure von vierzehn in Beijing ansässigen Zeitungen sowie der Xinhua-Nachrichtenagentur haben Ende Dezember traditionell ihre Liste der zehn wichtigsten Ereignisse im Jahr 1997 vorgelegt:

1. Der Tod Deng Xiaopings am 19. Februar und der Aufruf Jiang Zemin, Dengs Vermächtnis zu wahren und fortzuentwickeln.
2. Die Souveränitätsübernahme über Hongkong am 1. Juli und die weltweite Übertragung der Übergabeceremonie.
3. Der XV. Parteitag der Kommunistischen Partei vom 12. bis zum 18. September.
4. Der Staatsbesuch Jiang Zemin in den Vereinigten Staaten vom 26. Oktober bis zum 3. November.
5. Die erfolgreiche Dämmung des Yangzijiang am 8. November zum weiteren Ausbau des Dreischluchten-Dammes.
6. Die Aufwertung Chongqings zur vierten Regierungsunmittelbaren Stadt nach Beijing, Tianjin und Shanghai.
7. Die Ankündigung Jiang Zemin auf dem Parteitag, den Truppenbestand der Volksbefreiungsarmee in den nächsten drei Jahren um 500.000 Mann zu reduzieren.

8. Das Jahrestreffen von Weltbank und Internationalem Währungsfond in Hongkong vom 23. bis zum 25. September.
9. Die Senkung von Import- und Exportzöllen um sechs Prozent zum 1. Oktober, die der Reform und Öffnung des Außenhandelsystems dienen soll.
10. Die VIII. Nationalen Spiele, die am 10. Oktober in Shanghai eröffnet wurden und das größte in China in diesem Jahrhundert veranstaltete Sportereignis darstellen. (Xinhua, 23.12.1997).

Im Leitartikel der *Volkszeitung* zum neuen Jahr (RMRB, 1.1.1997) wurden die gleichen politischen Ereignisse hervorgehoben und auf den stetigen Fortschritt in der wirtschaftlichen Entwicklung hingewiesen. Während viele Länder 1997 von der südostasiatischen Finanzkrise getroffen worden seien, hätten der Finanzsektor und die Wirtschaft Chinas die Stabilität gewahrt. -hei-

16 Neujahrsansprache: Jiang Zemin widmet sich verstärkt der Außenpolitik

Staatspräsident Jiang Zemin äußerte sich in seiner Neujahrsansprache in Rundfunk und Fernsehen (Xinhua, 1.1.1998) zuversichtlich, daß die auch für die chinesische Regierung beunruhigende regionale Finanzkrise durch gemeinsame internationale Anstrengungen zu meistern sei. Jiang hob allgemein die Bedeutung verbesserter internationaler Kooperation für die Entwicklung Chinas hervor. Das Jahr 1997 habe nicht nur in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, Rußland, Frankreich und Japan zu Durchbrüchen geführt, sondern auch in der multilateralen Zusammenarbeit im Rahmen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftszusammenarbeit (APEC) und in den informellen Gipfeltreffen ostasiatischer Staats- und Regierungschefs.

Eine längere Passage seiner Ansprache widmete Jiang der Taiwan-Frage, die er offenkundig als zentrale politische Aufgabe begreift, ohne jedoch grundlegende neue Angebote für eine Verhandlungslösung zu formulieren.

Insgesamt bestätigte die Neujahrsansprache den Eindruck, daß Jiang Zemin seine politische Energie in stärkerem Maße als bisher den auswärtigen Beziehungen Chinas zu widmen gedenkt. -hei-

17 Neue Bestimmungen zur Kontrolle der Internet-Nutzung

Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit hat neue Bestimmungen zur Regulierung der Internet-Nutzung in China erlassen, die Ende Dezember 1997 in Kraft getreten sind. Die neuen Regeln gehen über erste vorläufige Vorschriften hinaus, die im Februar 1996 und im Mai 1997 bekanntgegeben wurden, um insbesondere der Verbreitung politisch sensibler Informationen sowie pornographischen Materials über das Internet Einhalt zu gebieten. (FT, 31.12.1997/1.1.1998; AWSJ, 31.12.1997)

In den 25 Paragraphen der neuen Bestimmungen werden die Vergehen nun konkreter benannt: Das ungenehmigte Eindringen in Computersysteme („hacking“), die Plazierung von Computerviren, die Verbreitung von Pornographie und Gewaltdarstellungen, die Nutzung des Internet für „spalterische Aktivitäten“ (das heißt in der Tibet-, Xinjiang- und Taiwanfrage) wie auch die „Diffamierung“ von Regierungsstellen werden verboten. Nicht nur für Internet-Nutzer, sondern auch für die Internet-Dienstleister („provider“) sind empfindliche Geldstrafen vorgesehen, wenn sie gegen die Bestimmungen verstoßen.

Internet-Dienstleister werden der Aufsicht durch die Behörden für Öffentliche Sicherheit unterstellt. Von ihnen wird zudem erwartet, daß sie die Polizei bei der Verfolgung von Mißbrauchsfällen aktiv unterstützen. Keine Angaben wurden darüber gemacht, inwiefern die Polizeibehörden zusätzliche Kapazitäten (technische Ausstattung, Finanzmittel und Personal) erhalten werden, um Ermittlungen gegen Internet-Vergehen durchzuführen.

Nach offiziellen Angaben waren im Oktober 1997 insgesamt 49.000 Netzdienstleister und 250.000 PCs in Chi-

na registriert, die Zugang zum Internet haben. Die tatsächliche Zahl der Internet-Nutzer dürfte jedoch sehr viel höher liegen. Hinzu kommt eine äußerst lebendige und dynamisch wachsende Vernetzung zwischen der VR China, Hongkong und Taiwan sowie anderen auslandschinesischen Gemeinden. Die SVR Hongkong unterliegt jedoch nicht den neuen chinesischen Bestimmungen, sondern lokalen Regulierungsmaßnahmen für das Internet, die unverändert in Kraft bleiben. -hei-

18 Die Dominanz han-chinesischer Funktionäre in Tibet und die neue Generation tibetischer Parteikader

In einer umfassenden Studie (*Leaders in Tibet: A Directory*) hat das Tibet Information Network die politischen Institutionen sowie die derzeitige politische Führungsschicht in der „Autonomen Region“ Tibet (ART) einer detaillierten Analyse unterzogen. Insgesamt sind 1.200 Funktionäre in Leitungspositionen in der Studie aufgeführt. Der Bericht stützt sich zum Teil auf interne Dokumente chinesischer Regierungs- und Parteistellen. (Eine Kurzdarstellung findet sich im Internet unter „ftp://coombs.anu.edu.au/coombspapers/otherarchives/asianstudies-archives/tibetan-archive/tibet-recent-history/tar-new-leaders-dec97.txt“)

Die Studie stellt die offiziellen Angaben Beijings zum Anteil tibetischer Funktionäre in politischen und administrativen Führungspositionen in Frage. Der amtlichen Statistik zufolge werden 82% der Führungspositionen oberhalb der Kreisleitungsebene in der ART von Tibetern besetzt. Die Studie des Tibet Information Network aber kommt zu dem Ergebnis, daß tatsächlich 64% dieser Positionen von Han-Chinesen eingenommen würden und daß Tibeter häufig nur in „zeremoniellen“ Funktionen Verwendung fänden. Han-Chinesen kontrollierten den Großteil der Leitungspositionen in Parteiorganisation, Polizei, Militär und Wirtschaftsbehörden.

Der Bericht kommt darüber hinaus zu dem Ergebnis, daß die bisher in

Führungspositionen aktiven Tibeter, die häufig aus der alten aristokratischen Oberschicht stammten, zusehends durch eine jüngere Generation tibetischer Kader ersetzt werde, die in den letzten zwanzig Jahren außerhalb Tibets in chinesischen Schulen und Hochschulen ausgebildet worden sind und fast durchweg der Kommunistischen Partei Chinas angehören.

Diese „einheimischen“ Funktionäre sollen aus der Sicht Beijings in den kommenden Jahren die Legitimität der chinesischen Herrschaft über Tibet auch im westlichen Ausland demonstrieren. Aufgrund der Rivalitäten um Führungspositionen komme es jedoch zwischen den jüngeren tibetischen Kadern und den nach Tibet entsandten han-chinesischen Kadern zusehends zu Spannungen. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

19 Chinas Spitzenuniversitäten

Die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik hat die hinsichtlich wissenschaftlicher Forschung fünf besten Universitäten des Landes benannt. Ermittelt wurden die Spitzenuniversitäten aufgrund der Zitierhäufigkeit der wissenschaftlichen Arbeiten in amerikanischen Zitationsindizes im Jahre 1996. Danach nehmen die Nanjing-Universität, die Beijing-Universität, die Qinghua-Universität, die Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik (Hefei) und die Fudan-Universität (Shanghai) die Spitzenpositionen in Chinas naturwissenschaftlicher und technologischer Forschung ein. Insgesamt haben Wissenschaftler aus der VR China (ohne Hongkong, Macau und Taiwan) 1996 27.569 Arbeiten in internationalen Zeitschriften veröffentlicht oder auf internationalen Symposien vorgelegt. Dies wird als ein Zuwachs von 4,4 Prozent gegenüber 1995 beziffert (zu 1995 vgl. C.a., 1995/12, Ü 10). Damit rangiert China hinsichtlich der Zahl